

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtags
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, 7. Dezember 2018

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller
betreffend der Klimaschutzstrategie für das Burgenland

Der Landtag wolle beschließen:

Selbständiger Antrag

des Burgenländischen Landtages vom betreffend der Klimaschutzstrategie für das Burgenland

2018 wird wohl das wärmste Jahr der 252-jährigen Messgeschichte werden, gleichzeitig für viele Regionen das trockenste. Die weiteren Hitze-Jahre liegen alle ganz nahe beisammen: 2015, 2016, 2017, sowie viele weitere 2000er-Jahre. Die Auswirkungen sind inzwischen für alle Menschen mehr als spürbar. In Bezug auf die Zahl der Sommertage, das sind Tage mit einem Höchstwert von mindestens 25 °C, liegt Andau im Seewinkel mit 127 Sommertagen an der Spitze. Das ist bereits deutlich über dem bisherigen Österreich-Rekord von 120 Sommertagen im Jahr 2003 in Leibnitz (Quelle: ZAMG).

Steigende Temperaturen sind nicht das einzige Problem. Durch eine Verschiebung des Jetstreams in Folge der Klimaveränderung kommt es zu wesentlich längeren stabilen Wetterlagen. Das bedeutet: Einerseits lange Hitzeperioden mit Trockenheit und andererseits lange Regenperioden mit Überflutungen. Beide Extreme fanden heuer fast zeitgleich in unterschiedlichen Teilen Österreichs statt. Die Auswirkungen sind mannigfaltig, besonders stark leidet die Landwirtschaft. Mittlerweile sterben mehr Menschen durch Hitze als bei Verkehrsunfällen und hitzebedingte Krankheiten nehmen zu.

Der Chef des UNO-Umweltprogramms (UNEP) sagt es ganz deutlich: „Wir füttern dieses Feuer, während die Löschmittel in Reichweite sind“. Laut aktuellem UN-Bericht wäre mindestens eine Verdreifachung der Klimaschutz-Anstrengungen nötig. Im Vergleich zu 1880 ist die Durchschnittstemperatur in Österreich um fast zwei Grad gestiegen, weltweit betrug die Zunahme etwa 1 Grad. Das bedeutet, Österreich und somit auch das Burgenland, haben allen Grund dazu, hier wirkungsvolle Schritte zu setzen. Doch es sind nicht nur die Anstrengungen zu gering, gleichzeitig setzt man weiter auf klimaschädigende Maßnahmen, wie Straßenbau, Bodenversiegelung, steuerliche Dieselbegünstigung und Steuerprivilegien für den Flugverkehr. Überfällig ist eine ökologische Steuerreform, die CO₂-Ausstoß teurer und umweltfreundlichen Konsum billiger macht.

Die Folgekosten in Österreich sind bereits extrem. Das Wegener Center für Klima und globalen Wandel rechnet aktuell mit Kosten durch den Klimawandel von durchschnittlich einer Milliarde Euro pro Jahr, etwa durch Wetterextreme, Dürren oder Schäden für den Tourismus und Zusatzkosten in der Energiewirtschaft. Bis Mitte des Jahrhunderts werden diese Kosten zwischen 4,2 und fast 9 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Jahrhundert-Wetterkatastrophen sind da noch nicht mit eingerechnet. Im Bereich der Infrastruktur entstehen schon heute in ganz Österreich niederschlagsbedingte Schäden am Straßennetz im Ausmaß von 18 Millionen Euro Mehrkosten jährlich.

Dem gegenüber stehen zu wenige Maßnahmen im Klimaschutz, sowohl auf Bundesebene, als auch auf Landesebene im Burgenland. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs ist weder das Mittel- noch das Süd-Burgenland ausreichend versorgt, auch im Nordburgenland gibt es noch Lücken im Fahrplan. Fahrten aus den Bezirken Oberwart/Güssing nach Graz sind äußerst unattraktiv, die Verbindungen nach Wien mit dem G1 sind zwar gut, aber vergleichsweise teuer. Die Verbindung zwischen dem Süd-Burgenland und der Landeshauptstadt sind völlig unzureichend.

Das Burgenland geht mit der durch den Landtag beschlossenen Biowende einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Auch in der Energieproduktion leistet das Burgenland einen

Beitrag zum Klimaschutz. Im Klimacheck von Global2000 schneidet das Burgenland allerdings wieder schlecht ab. Die Sanierungsrate im Wohnbau konnte nicht gesteigert werden und der Ausstieg aus fossilen Energieträgern ist noch längst keine beschlossene Sache.

Im Verkehrsbereich weist das Burgenland eine sehr hohe Autodichte aus, dies betrifft vor allem das Süd-Burgenland. Es gibt viele Möglichkeiten, Klimaschutz im Wirkungsbereich des Landes aktiv und wirkungsvoll zu betreiben, beispielsweise:

- Radikaler Ausbau des Öffentlichen Verkehrs
- Einführung des 365-Euro-Öffi-Jahrestickets für die Ostregion
- Evaluierung der Gesamtverkehrsstrategie
- Vermeidung weiterer Zersiedelung und Bodenversiegelung durch eine Raumordnung neu, nach dem Vorbild des Landes Salzburg
- Sanierungsoffensive für öffentliche Gebäude
- Streichung der Förderungen in klimaschädliche Vorhaben
- landesweite Klimaschutz-Info-Kampagne, vom Kindergarten bis ins Altenheim
- Ausstieg aus Erdgas vorbereiten und Ende 2019 mit der Umsetzung beginnen
- Gemeinschaftliche Bioheizwerke forcieren und fördern
- Stopp des Straßenneubaus
- Photovoltaik-Offensive mit gestützten Contracting-Finanzierungen
- klimaneutrale Verwaltung umsetzen
- Stopp aller Förderungen von klimaschädlichen Projekten
- Förderung ausschließlich für klimafreundliche Vereinsfeste mit Abfallkonzept
-

Darüber hinaus ist die Bundesregierung aufzufordern, dringendst eine CO₂-Besteuerung bei gleichzeitiger steuerlicher Entlastung von Lohnnebenkosten einzuführen.

Der Klimawandel schreitet voran und es ist höchste Zeit, dass auf den verschiedensten globalen und lokalen Ebenen gehandelt wird. Es braucht rasche und radikale Maßnahmen, um die Erderwärmung zumindest abzubremesen. Die bisherigen reichen bei weitem nicht aus. Das Burgenland muss konsequent seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten und eine ambitionierte Klimaschutzstrategie erarbeiten und zur Umsetzung bringen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in ihrer Klimaschutzstrategie umfassend wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz darzulegen und rasch umzusetzen. Die Klimaschutzstrategie des Landes hat folgende Bereiche zu umfassen:

1. Verkehrswende: radikal und für das ganze Bundesland
2. Raumordnungsgesetz: Sicherung des Stopps der Bodenversiegelung
3. Energiewende: konsequenter Ausstieg aus fossiler Energie
4. Landwirtschaftswende: Umstieg auf 100% biologische Landwirtschaft
5. Förderpolitik: Förderungen ausschließlich für klimafreundliche Projekte
6. Nachhaltigkeitsbericht: Erstellung in allen Landesbetrieben und in der Verwaltung